

In der Senatssitzung am 10. Oktober 2023 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration

06.10.2023

L 11

Vorlage für die Sitzung des Senats am 10.10.2023

„Zeitplanung für den Ausbildungsunterstützungsfonds“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der LINKEN hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

„Wir fragen den Senat:

1. Wann konstituiert sich der Verwaltungsrat für Steuerung des Ausbildungsunterstützungsfonds?
2. Welche Beschlüsse gemäß §10 des Gesetzes sollen noch in diesem Jahr und welche bis Ende des Ausbildungsjahres getroffen werden?
3. Welche weiteren Schritte zur Umsetzung des Ausbildungsfonds sind nach Ansicht des Senates bei der Personalplanung und der Softwareentwicklung noch notwendig?“

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration hat die Berufung von sieben Mitgliedern des Verwaltungsrates eingeleitet. Die konstituierende Sitzung ist für den 8. November 2023 vorgesehen. Parallel zur Konstituierung des Verwaltungsrates soll die Einrichtung einer Geschäftsstelle bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration erfolgen. Sie wird die Tätigkeit des Verwaltungsrates unterstützen und koordinieren.

Zu Frage 2:

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben fallen im Jahr 2023 keine Beschlüsse an. Im ersten Quartal 2024 hat der Verwaltungsrat dem Senat fristgemäß erste Beschlüsse zu Fördermaßnahmen und zur Budgetplanung für den Fonds vorzulegen.

Zu Frage 3:

Folgende Schritte sind noch notwendig:

- Kurzfristig sind die finalen Abstimmungen mit der für die Zahlungsabwicklung vorgesehenen Stelle vorzunehmen. Im Anschluss muss die zuständige Stelle per Rechtsverordnung durch den Senat bestimmt werden.
- Der Aufbau der notwendigen Verwaltungsstrukturen und die Personalmittel für die zuständige Stelle müssen geplant und sichergestellt werden.
- Das Fachverfahren zur Zahlungsabwicklung ist weiter zu konkretisieren, um die notwendige Softwareentwicklung vorzubereiten und in Auftrag geben zu können.

C. Alternativen

Werden nicht empfohlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen durch die Beantwortung dieser Anfrage.

Soweit geschlechtsspezifische Sachverhalte berührt sind, wurden diese bei der Beantwortung berücksichtigt.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration vom 06.10.2023 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.